



**II-2244 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE**

23. November 1987

Z. 70 0502/147-Pr.2/87

876 IAB

1987 -11- 25

zu 10211J

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

1017

W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Scheucher und Genossen vom 13. Oktober 1987, Nr. 1021/J, betreffend die Schaffung einer entsprechenden Rechtsbasis als Grundlage für weitere Nachrüstungsmaßnahmen auf dem Umweltschutzsektor, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Im Arbeitsübereinkommen zwischen der SPÖ und der ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung wurde die Erlassung des vorbereiteten Luftreinhaltegesetzes für Kesselanlagen sowie der 3. Durchführungsverordnung zum Dampfkessel-Emissionsgesetz (DKEG) noch für das Jahr 1987 vereinbart.

Weiters wurde in dem Arbeitsübereinkommen festgelegt, daß über diese kurz- bzw. mittelfristig zu realisierenden Maßnahmen hinaus eine umfassende Zuständigkeit des Bundes zur Luftreinhaltung und auf dieser Grundlage ein umfassendes anlagenbezogenes Luftreinhaltegesetz angestrebt wird.

Die Zuständigkeit zur Einbringung einer Regierungsvorlage "Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen" in den Ministerrat sowie zur Erlassung der 3. Durchführungsverordnung zum DKEG (im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie) liegt beim Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten, an den ich schon mehrmals in dieser Sache herangetreten bin.

- 2 -

Am 9. Oktober 1987 habe ich den Entwurf eines anlagenbezogenen Luftreinhaltgesetzes zur Begutachtung ausgesendet, deren Frist am 16. Dezember 1987 abläuft. Gleichfalls wurde bereits vom Bundeskanzler eine Novelle zum Bundesverfassungsgesetz zur Begutachtung ausgesendet, die die verfassungsrechtliche Grundlage für ein derartiges anlagenbezogenes Luftreinhaltgesetz schaffen soll.

Es ist beabsichtigt, nach Ablauf des Begutachtungsverfahrens den Entwurf eines anlagenbezogenen Luftreinhaltgesetzes zu überarbeiten und eine dementsprechende Regierungsvorlage zu erstellen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß seitens der SPÖ bereits ein Initiativantrag für ein Bundesgesetz betreffend den anlagenbezogenen Umweltschutz in den Nationalrat eingebracht wurde.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. G.', located in the lower right quadrant of the page.